



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege
am 20.09.2018**

Sitzungsnummer: v.-Ver/046/2018

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Claus Hamp	
-----------------	--

CDU-Fraktion

Herr Lars-Henning Bartels	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Ortwin Ludwig	
Herr Dennis Moneke	
Herr Dr. Hans-Henning Peters	
Frau Elisa Rabe-Bartels	
Herr Jörg Rüppel	
Frau Susanne Rüppel	
Herr Stefan Schneider	
Frau Annegret Schröter	
Herr Klaus Wolf	

SPD-Fraktion

Herr Ramiz Arifi	
Herr Stefan Fiege	
Herr Jörg Heinz	
Herr Knut John	
Frau Gabriele Kniese	
Herr Joachim Lorchheim	
Herr Karl Montag	
Herr Thomas Reyer	
Frau Petra Strauß	

FWG-Fraktion

Herr Jochen Grüning	
Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Lothar Dietrich	
Frau Vanessa Grauer	

Fraktion Die Linke

Herr Bernhard Gassmann	
Frau Erika Rebbig-Kosir	

FDP-Fraktion

Frau Jutta Thiele	
-------------------	--

Mitglieder des Magistrats

Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Herr Thomas Große	
Herr Alexander Heppe	
Frau Patricia Hölzel	
Frau Heidrun Ott	

Ortsvorsteher

Herr Rainer Bick	
Herr Matthias Herzog	
Herr Walter Hoefel	
Herr Georg Hofmann	
Herr Thomas Rehbein	

Schriftführer/in

Herr Volker Jatho	
-------------------	--

von der Verwaltung

Frau Rebecca Herzog-Meister	
Frau Dorothea Jursch	<i>Auszubildende</i>
Frau Selina Maske	<i>Auszubildende</i>

Entschuldigt:

CDU-Fraktion

Frau Leonie Bierent	
Herr Dr. Manfred Bödicker	
Herr Michael Schmidt	

SPD-Fraktion

Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Frau Jacqueline Stolle	
Herr Marcus Stolle	

FDP-Fraktion

Herr Klaus Volkmar	
--------------------	--

Mitglieder des Magistrats

Herr Berthold Diegel	
Herr Stefan Happel	
Herr Markus Matejka	
Herr Theodor Sternal	

Ortsvorsteher

Herr Jürgen Gonnermann	
------------------------	--

Vorsitzende/r des Ausländerbeirates

Herr Washa Beroschwili	
------------------------	--

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:45 Uhr

- Fachbereich 1.11 -

Herr Stv.-V. Hamp begrüßt alle Mandatsträger/-innen, Gäste und die Presse.

Anschließend gratuliert er allen Mandatsträgerinnen/Mandatsträgern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Er weist darauf hin, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Hinweisbekanntmachung am 15.09.2018 in der Werra-Rundschau erfolgte.

Herr Stv.-V. Hamp erklärt, dass der TOP 3 „Beschaffung einer Notstromanlage für das Zentralkläwerk - hier: Auftragsvergabe“ von der Verwaltung zurückgezogen wird. Bezüglich des TOP 7 „Antrag

der SPD-Stv.-Fraktion betr. Verschiebung der Stadtverordnetenversammlung vom 08.11.2018“ teilt er mit, dass die betreffende Stv.-Sitzung auf den 07.11.2018 vorgezogen wird und dieser TOP somit ebenfalls entfallen kann.

Zu dem bisherigen TOP 6 „Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Verschieben des wiederkehrenden Tagesordnungspunktes „Anregungen“ an die Spitze der Tagesordnung“ gibt er eine rechtliche Erklärung des HSGB ab und dass die Entscheidung über die Reihenfolge der TOP im Zuständigkeitsbereich des Stv.-V. liegt.

An sich sei die Aufnahme des TOP „Anregungen“, da in der HGO nicht vorgesehen, schon rechtswidrig.

Stv. Heinz erläutert noch einmal den Antrag und bittet den Stv.-V. von Fall zu Fall zu entscheiden, ob der TOP Anregungen auch einmal an vorderer Stelle platziert werden kann.

Dem stimmt Stv.-V. Hamp zu.

Zusätzlich will Stv. Heinz den Antrag in eine Bitte umformulieren.

Die Stv. Heinz und Montag geben noch weitere Begründungen bezüglich ihres Antrages ab.

Stv. Gassmann hätte die Begründung des HSGB gern schriftlich. Er wolle es notfalls auch auf eine Gerichtsentscheidung ankommen lassen.

Beschluss:

Der Tagesordnung wird in der geänderten Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 27, Nein: ---, Enthaltungen: 2

Stv. Heinz bezieht sich auf seine Bemängelung der Protokollführung in der Stv.-Versammlung am 23.08.2018 und führt anhand von Beispielen aus, warum er dabeibleibt. Er mahnt eine ausführlichere Protokollführung an, da insbesondere inhaltliche Begründungen fehlen.

Stv.-V. Hamp widerspricht und teilt mit, dass die Protokolle HGO-konform sind und nimmt den Schriftführer in Schutz.

Stv. Heinz erklärt, dass dies keine Kritik am Schriftführer sei, sondern an der Protokollart.

Für Stv. Dietrich ist das Protokoll ein Zeitdokument und daher wäre ein Wortprotokoll sehr wichtig, auch um zu wissen, was der „politische Gegner“ einmal gesagt hat.

Beschluss:

Das Protokoll vom 23.08.2018 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 16, Nein: 13, Enthaltungen: ---

Die Tagesordnung lautet wie folgt:

Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

TOP	Titel	
1.	Wiederwahl der stellvertretenden Schiedsperson Vorlage: 2018/0176/SVV	6
2.	Bebauungsplan-Änderung Nr. 84.1 „Sportanlage Dünzebach“ (Änderung des Bebauungsplans Nr. 84 „Im Hungerborn • Alte Mühlhäuser Landstraße • Schlierbachstraße • Sportanlage Dünzebach“); Beschluss zur Abwägung der Stellungnahmen der Bürger und der Träger öffentlicher Belange und Satzungsbeschluss Vorlage: 2018/0177/SVV	6
3. neu, alt: 4.	Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr. Bienenfreundliches Eschwege – Anlage von Blühflächen Vorlage: 2018/0171/SVV	7
4. neu, alt: 5.	Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Errichtung eines Freibades in Eschwege Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 05.10.2017 Vorlage: 2018/0172/SVV	8
5. neu, alt: 6.	Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Verschieben des wiederkehrenden Tagesordnungspunktes „Anregungen“ an die Spitze der Tagesordnung Vorlage: 2018/0173/SVV	11
6. neu, alt: 8.	Magistratsbericht	13
7. neu, alt: 9.	Anregungen.....	15

1. Wiederwahl der stellvertretenden Schiedsperson
Vorlage: 2018/0176/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.11

Bevor Bgm. Heppe den Beschlussvorschlag zur Abstimmung stellt, teilt er mit, dass die Mitglieder der städtischen Gremien keine „politischen Gegner“ seien, sondern ehrenamtlich Tätige.

Danach trägt er die Beschlussvorlage vor und bittet, die Wahl durchzuführen.

Es bestehen keine Bedenken gegen eine Wahl durch Handaufheben.

Beschluss:

Die stellvertretende Schiedsperson wird gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 29, Nein: ---, Enthaltungen: ---

2. Bebauungsplan-Änderung Nr. 84.1 „Sportanlage Dünzebach“ (Änderung des Bebauungsplans Nr. 84 „Im Hungerborn • Alte Mühlhäuser Landstraße • Schlierbachstraße • Sportanlage Dünzebach“); Beschluss zur Abwägung der Stellungnahmen der Bürger und der Träger öffentlicher Belange und Satzungsbeschluss
Vorlage: 2018/0177/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.1

Bgm. Heppe trägt die Vorlage vor und bittet, vorlagegemäß zu beschließen.

Der TOP wurde auch im Ausschuss für Bauen und Umwelt behandelt. Da aber sowohl der Vorsitzende als auch der stellvertretende Vorsitzende nicht anwesend sind, berichtet Stv. Wolf aus dem Ausschuss.

Beschluss:

- a. Die im Rahmen der Träger- und Bürgerbeteiligung gemäß § 13 (2) BauGB zur Bebauungsplanänderung Nr. 84.1 vorgebrachten Anregungen werden - wie in der Vorlage im Einzelnen begründet - eingearbeitet bzw. werden zurückgewiesen.
- b. Die Bebauungsplanänderung Nr. 84.1 wird unter Berücksichtigung des Abwägungsergebnisses als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 29, Nein: ---, Enthaltungen: ---

**3. neu, alt: 4. Gemeinsamer Antrag der CDU-, FWG- und FDP-Stv.-Fraktion betr.
Bienenfreundliches Eschwege – Anlage von Blühflächen
Vorlage: 2018/0171/SVV**

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.3, Fachbereich 1.11

Stv. Frau Rabe-Bartels trägt den Antrag vor, begründet ihn und bittet, vorlagegemäß zu beschließen.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1. Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept „Bienenfreundliches Eschwege“ zu erstellen und umzusetzen.
Dazu sollen Blühflächen und Blühstreifen (nach Möglichkeit) auf folgenden Flächen angelegt werden:**
 - an Straßenrändern und Straßenbanketten
 - an Fahrradwegen
 - an Ortseingangsbereichen
 - in Teilbereichen der Park-/Grünflächen
 - auf ökologischen Ausgleichsflächen
 - auf Ackerrändern
 - auf sonstigen ungenutzten öffentlichen Grundstücken (z.B. Gewerbegebiete)

- 2. Eine Förderung der Maßnahme durch das Programm „Bienenfreundliches Hessen“ ist zu prüfen.**

Begründung:

Mehr als 80 Prozent der Kultur- und Wildpflanzen sind auf die Bestäubung von Bienen, Hummeln oder anderen bestäubenden Insekten angewiesen. Kurz gesagt: Ohne Bienen und Co würden Obstbäume, Gemüsepflanzen und viele andere nicht bestäubt und wir könnten ihre Früchte nicht ernten. Bienen erwirtschaften laut Weltbiodiversitätsrat (IPBES) weltweit 200 bis 500 Milliarden Euro pro Jahr. Zum Vergleich: 2015 belief sich der Etat des Bundeshaushalts auf 300 Milliarden Euro.

Bienen und andere Bestäuber sind somit für uns alle lebensnotwendig. Grund genug aktiv zu werden. Wir wollen uns aktiv dafür einsetzen, dass der Lebensraum für Bienen und Co nicht verschwindet. Denn Honigbienen, aber vor allem auch ihre wilden Verwandten sind darauf angewiesen, dass sie weiterhin genug Nahrung finden.

Frau Stv. Strauß bittet, den Fokus nicht nur auf Bienen, sondern auf Insekten insgesamt zu legen. Sie bemängelt die Ernsthaftigkeit des Umweltschutzgedankens seitens der CDU, da es z. B. auch keine Umweltberatung im Rathaus mehr gibt. Es müsse auch ein Konzept vorliegen, um die Menschen zu überzeugen. Stv. Dietrich erklärt, dass in der Ausführung eine Menge Arbeit steckt und gibt Beispiele, warum Eschwege nicht führend im Umweltgedanken sei. Er will aber zustimmen.

Stv. Fiege erläutert, dass die SPD den Antrag mitträgt, und gibt Beispiele dafür an, wie wichtig Insektenschutz sei, und dass Blühstreifen nicht alleine umgesetzt werden müssen. Vielmehr müsse ein Glyphosatverbot für alle Flächen eingeführt werden.

Stv. Schneider gibt nochmals Erklärungen zu dem Antrag ab und erklärt, dass der Umweltausschuss bereits vor langer Zeit abgeschafft wurde.

Stv. Fiege gibt noch ein paar Erklärungen zu dem Umweltausschuss.

Frau Stv. Strauß bemängelt den Gebrauch von Glyphosat. Außerdem müssen in den Haushalt Gelder eingestellt werden, um die Mitarbeiter des BBH zu schulen und die notwendigen Arbeiten an den Blühflächen zu finanzieren.

Stv. Grauer bedauert, dass der Umweltausschuss abgeschafft wurde. Zu dem Antrag bemerkt sie, dass die Mandatsträger/innen regelmäßig über den Fortgang informiert werden sollten.

Stv. Gassmann beantragt, den Antrag um Punkt 3 zu ergänzen, der lauten soll:

Der Magistrat berichtet im Mai 2019 im Ausschuss für Bauen und Umwelt.

Nach kurzer Diskussion einigt man sich, statt „im Mai 2019“ durch „zu gegebener Zeit“ zu ersetzen.

Beschluss:

1. Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept „Bienenfreundliches Eschwege“ zu erstellen und umzusetzen.
Dazu sollen Blühflächen und Blühstreifen (nach Möglichkeit) auf folgenden Flächen angelegt werden:
 - an Straßenrändern und Straßenbanketten
 - an Fahrradwegen
 - an Ortseingangsbereichen
 - in Teilbereichen der Park-/Grünflächen
 - auf ökologischen Ausgleichsflächen
 - auf Ackerrändern
 - auf sonstigen ungenutzten öffentlichen Grundstücken (z.B. Gewerbegebiete)
2. Eine Förderung der Maßnahme durch das Programm „Bienenfreundliches Hessen“ ist zu prüfen.
3. *Der Magistrat berichtet zu gegebener Zeit im Ausschuss für Bauen und Umwelt.*

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 29, Nein: ---, Enthaltungen: ---

4. neu, alt: 5. Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Errichtung eines Freibades in Eschwege Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 05.10.2017 Vorlage: 2018/0172/SVV

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.3, Fachbereich 1.2, Fachbereich 1.11, Stadtwerke

Stv. Reyer trägt den Antrag vor und bittet, antragsgemäß zu beschließen.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge folgenden Beschluss fassen:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, über den Stand der Planungen für die Errichtung eines Freibades in Eschwege der Stadtverordnetenversammlung zu berichten und die gegebenenfalls aufgrund des einstimmigen Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 05.10.2017 be-

reits erarbeiteten Entwürfe, Finanzierungsmodelle, Standortüberlegungen und Konzepte zur Trägerschaft dem Ausschuss für Bauern und Umwelt sowie dem Finanzausschuss vorzustellen.

Begründung und Erläuterung:

Durch einstimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist der Magistrat der Kreisstadt Eschwege beauftragt worden, Planungen für die Errichtung eines Freibades in Eschwege durchzuführen. Er ist weiterhin beauftragt worden, die erarbeiteten Entwürfe, Finanzierungsmodelle, Standortüberlegungen und Konzepte zur Trägerschaft zeitnah im Ausschuss für Bauen und Umwelt vorzustellen.

Seit der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung ist inzwischen annähernd ein Jahr vergangen. Daher dürften inzwischen erste Entwürfe, Finanzierungsmodelle und Standortüberlegungen sowie Konzepte zur Trägerschaft erarbeitet worden sein und dem Magistrat vorliegen.

Andere, vom Bürgermeister vorgestellte Konzepte zur Schaffung einer Schwimmmöglichkeit im Weratalsee im Jahr 2018 sind bislang nicht durchgeführt worden bzw. gescheitert. In der gerade ablaufenden Freibadsaison 2018 konnte in Eschwege den Bürgerinnen und Bürgern und dabei insbesondere den Kindern in der Stadt Eschwege trotz langanhaltenden heißen Wetters keine Schwimm- und Bademöglichkeit im Freien angeboten werden.

Es besteht daher dringender Handlungsbedarf, damit schnellstmöglich die erforderlichen, weitergehenden Beschlüsse gefasst werden können, um nach Möglichkeit bereits für das Kalenderjahr 2019 in Eschwege den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu eröffnen, im Sommer auch im Freien schwimmen und baden zu können.

Das Hessische Ministerium des Inneren und für Sport hat bereits am 07.09.2017 bekanntgegeben, ein 50-Millionen-Euro-Förderprogramm aufgelegt zu haben, damit hessische Hallen- und Freibäder erhalten und modernisiert werden können. Aufgrund des Schwimmbad-Investitions- und Modernisierungsprogramms (SWIM) können Kommunen ab 2018 eine Förderung beantragen und ihre Maßnahmen planen.

Ab 2019 können dann über einen Zeitraum von 5 Jahren bestehende Bäder saniert oder auch Neubauten ermöglicht werden.

Erstmals sind auch Freibäder von dieser Förderungsmöglichkeit umfasst.

Die Hessische Landesregierung betonte, durch die Neuauflage eines Schwimmbadprogramms unterstreichen zu wollen, dass sie die Bedeutung der Bäder sowohl für den ländlichen Raum, als auch für den Schwimmsport würdigt und deren Erhalt und Modernisierung gezielt fördert.

Aufgrund des vorgenannten Programmes sind jährlich Mittel i. H. v. insgesamt 10 Millionen Euro abrufbar. Somit hat das Programm eine Laufzeit von lediglich 5 Jahren. Anträge können bei Vorliegen der Voraussetzungen bereits ab 2018 gestellt werden. Die Landeszuwendung wird als Projektförderung im Wege einer Anteilsfinanzierung regelmäßig i. H. v. 30 % der als zuwendungsfähig anerkannten Kosten gewährt.

Sie beträgt je Investitionsmaßnahme maximal 1 Millionen Euro. In Ausnahmefällen kann sie sogar höher liegen.

Das Land Hessen hat außerdem das Hessische Kommunalinvestitionsprogramm (KIP) aufgelegt. Dieses Programm hat ein Gesamtvolumen von mehr als einer Milliarde Euro. Antragsberechtigte sind alle 447 hessischen Kommunen, somit auch die Kreisstadt Eschwege.

Die Eilbedürftigkeit für die Durchführung der Planungen ergibt sich somit auch aus der derzeit hohen Förderungsmöglichkeiten, deren Inanspruchnahme sowohl für die Planungskosten als auch für eine eventuelle zukünftige Ausführung auf keinen Fall versäumt werden darf.

Hierzu gibt Bgm. Heppe zu dem erwähnten Antrag aus 2017 bekannt, dass die Vorstellung von Ergebnissen in einer interfraktionellen Runde mit den Stadtwerken im Nov. d. J. geplant sei.

Stv. Schneider sieht den Antrag durch die Erläuterungen von Bgm. Heppe als erledigt an.

Stv.-V. Hamp erläutert, dass der neue Antrag weitergehend sei, da dieser auch eine Überweisung in den Finanzausschuss enthalte. Diese ist in dem Antrag aus 2017 nicht enthalten.

Stv. Heinz besteht auf eine schriftliche Vorlage im Ausschuss.

Laut Stv. Reyer kann, wenn ein Zeitplan und Konzept vorliegt, dieses in den Ausschüssen und der Stv.-Versammlung vorgestellt werden.

Bgm. Heppe gibt nochmals Erläuterungen zur Vorgehensweise und auch, dass der Finanzausschuss beteiligt wird. Informationen werden dann als Vorlage verteilt.

Laut Stv. Heinz sollen auch deshalb die Ausschüsse beteiligt werden, da das geplante interfraktionelle Gespräch unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet.

Daraufhin erläutert Bgm. Heppe nochmals den Ablauf der Vorstellung, und dass die Bürger/innen aufgrund der dauerhaften finanziellen Belastung in geeigneter Form am Verfahren beteiligt werden sollen.

Stv. Reyer weist darauf hin, dass, da der Haushalt 2019 bald beraten wird, genaue Zahlen vorliegen müssen. Es besteht auch hinsichtlich möglicher Förderprogramme Zeitdruck.

Stv. Gassmann erklärt, dass Die Linke bereits damals gegen die Schließung des Freibades war und bemängelt das Verhalten der CDU, wenn sie dem Berichtsantrag nicht zustimme.

Beschluss:

Der Magistrat der Kreisstadt Eschwege wird beauftragt, über den Stand der Planungen für die Errichtung eines Freibades in Eschwege der Stadtverordnetenversammlung zu berichten und die gegebenenfalls aufgrund des einstimmigen Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 05.10.2017 bereits erarbeiteten Entwürfe, Finanzierungsmodelle, Standortüberlegungen und Konzepte zur Trägerschaft dem Ausschuss für Bauern und Umwelt sowie dem Finanzausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 13, Nein: 15, Enthaltungen: 1

5. neu, alt: 6.

**Antrag der SPD-Stv.-Fraktion betr. Verschieben des wiederkehrenden Tagesordnungspunktes „Anregungen“ an die Spitze der Tagesordnung
Vorlage: 2018/0173/SVV**

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.11

Stv. Fiege trägt den Antrag vor und bittet, antragsgemäß zu beschließen. Er betrachtet den TOP „Anregungen“ als Element der Unmittelbarkeit und Ausfluss der Demokratie.

Antragstext:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung um folgenden Beschluss:

Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege wird dahingehend verändert, dass der regelmäßig an das Ende der Sitzungen gelegte Tagesordnungspunkt „Anregungen“ an den Anfang jeder Sitzung rückt.

Begründung:

Die gewohnheitsgemäße Position des Punktes Anregungen auf dem letzten Platz der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlungen entspricht nicht seiner Bedeutung.

So verlässt das Publikum den Tagungssaal teilweise vorzeitig, nicht zuletzt aufgrund der in der letzten Zeit oftmals sehr langen Tagesordnungen. Auch Teile der Presse – wie unlängst zu erfahren war – schreiben diesem Tagesordnungspunkt eine eher untergeordnete Bedeutung zu. Dadurch entgeht einem weiten Teil der Öffentlichkeit zumeist die Qualität und Vielfalt dieser in der Regel durch alle Fraktionen unmittelbar vorgetragenen Inhalte dieser Anregungen, die häufig persönliche Kontakte mit den Bürgerinnen und Bürgern zur Grundlage haben und in den allermeisten Fällen das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen in dieser Stadt betreffen. Hier treten Bürger und Mandatsträger in Interaktion, hier wird Demokratie unmittelbar erfahrbar und erlebbar.

Daher stellen diese Anregungen ein wichtiges authentisches Element einer lebendigen lokalen Demokratie dar und ihnen gebührt die volle Aufmerksamkeit an der Spitze der Tagesordnung.

Wie bereits zu Beginn der Sitzung zugesagt, will Stv.-V. Hamp von Fall zu Fall prüfen, ob der TOP Anregungen vorgezogen werden kann.

Der Redebeitrag von Stv. Hölzel wurde auf Bitten der Stadtverordneten und Zustimmung des Stadtverordnetenvorstehers wörtlich protokolliert:

*„Herr Stadtverordnetenvorsteher,
geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen,
als am Ende der vergangenen Stadtverordnetenversammlung Herr Fiege von der SPD Fraktion hier zum Rednerpult ging, um beim Tagesordnungspunkt „Anregungen“ sich über das Verlassen des Pressevertreter in ungewöhnlich scharfer und, meines Erachtens, unangemessener Weise auszulassen, habe ich mich ernsthaft gefragt, ob ich im falschen Film bin.*

Ich habe mich gefragt, ob er die Pressevertreter zum Kommen, zum Bleiben und zum Berichten verdonnern will.

Und ich fragte mich, ob Herr Fiege schon einmal etwas von dem hohen Gut und der verfassungsrechtlich verankerten Pressefreiheit gehört hat. Ich reflektierte Äußerungen der Pegida, der NPD und der AFD und entdeckte direkte Parallelen. Dass ich nicht im Anschluss hiervoor gegangen bin, um meinen Unmut gegenüber dem gerade gehörten zu äußern, verwundert mich noch heute. Ich kann es mir nicht erklären, so fassungslos war ich über das unmittelbar zuvor erlebte.

Und jetzt: Jetzt liegt uns ein Antrag der SPD vor, in welchem es darum geht, den wiederkehrenden Tagesordnungspunkt „Anregungen“ zu verschieben.

Dabei bemüht man die häufig lange Tagesordnung und vergisst, dass die oftmals wiederkehrenden Redebeiträge aus ein und derselben Fraktion zu ein und demselben Sachverhalt der wahre Grund des in die Länge Ziehens sind.

In den Ausschüssen längst behandelte und diskutierte Sachverhalte werden erneut in den Ring geworfen, unter dem Vorwand, dass man Beratungs- und Diskussionsbedarf hätte.

Man ist sich auch bei den schriftlichen Erklärungen, welche zu diesem Antrag geführt hatten, nicht zu schade, die Presse als Grund zu nennen. Ich zitiere: „Teile der Presse schreiben diesem Top eine eher untergeordnete Bedeutung zu. Und weiter: dadurch entginge einem weiten Teil der Öffentlichkeit zu meist die Qualität und die Vielfalt dieser Anregungen“. Nochmal, meine Damen und Herren, das war ein Zitat aus eben diesem Antrag.

Das heißt für mich im Umkehrschluss - wir manipulieren mit Hilfe der Abfolge der Tagesordnungspunkte der Stadtverordnetenversammlung, die Presse und hoffen, dass der Pressevertreter pünktlich zu Sitzung kommt und darüber berichtet.

Und da hoffen Sie, meine Damen und Herren, dass wir zu diesem Spiel mitmachen?

Lächerlich, meine Damen und Herren - wirklich lächerlich.

Egal: Ich spiele weiter. Lassen Sie mich ihre SPD Überlegung weiterverfolgen. Ginge es nach Ihrem Willen, ist nun theoretisch der Tagesordnungspunkt „Anregungen“ auf einem der vorderen Plätze, dafür ein anderer, ggf. wichtigerer nach hinten gerückt.

Die vorgesehene Sitzungsdauer ist aufgebraucht, ein Antrag auf Sitzungsverlängerung ist unausweichlich, findet aber keine Mehrheit. Und wenn doch, da verfällt man, wie vor gar nicht allzu langer Zeit geschehen, urplötzlich ins frühkindliche Alter und folgt seinem Häuptling geschwind nach draußen vor die Türschwelle und lässt somit die Folge der Stadtverordnetenversammlung platzen. Meine Damen und Herren, das ist passiert, hier in dieser Stadtverordnetenversammlung.

Aber ich unterbreche jetzt das Szenario weiter auszuführen - ich glaube Sie wissen, meine Damen und Herren der antragstellenden Partei, dass wir Sie längst durchschaut haben.

Und daher werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.“

Frau Stv. Grauer weist die Ausführungen von Stv. Hölzel zurück und befürwortet ebenfalls den Antrag.

Durch die Äußerung von Stv. Hölzel bezüglich AFD u. a. entwickelt sich während des Redebeitrags von Stv. Grauer eine lautstarke Diskussion, in deren Verlauf Stv.-V. Hamp mehrmals die Anwesenden zur Ordnung rufen muss.

Frau Stv. Grauer bemängelt, dass die Koalition der Opposition Verfassungswidrigkeit vorwirft.

Die lautstarke Diskussion unter den Mandatsträger/innen wird wieder heftiger, was wiederum Ordnungsrufe von Stv.-V. Hamp zur Folge hat. Auch ein Zuschauer greift in die lautstarke Debatte ein.

Stv. Grauer sieht bei der Opposition viele Menschen, die sich ehrenamtlich einsetzen und verteidigt nochmals den Antrag. Auch der TOP „Magistratsbericht“ solle in den Antrag aufgenommen werden.

Stv. Heinz bemängelt die Aussage Stv. Hölzels und erklärt, dass ihm der genaue Wortlaut dessen, was Stv. Fiege bezüglich „Anregungen“ gesagt hat, vorliegt und verteidigt den Antrag.

Von Stv. Dietrich wird das Verhalten von Stv. Hölzel ebenfalls kritisiert.

Stv. Gassmann ist schockiert und beantragt, dass der Redebeitrag von Stv Hölzel als Wortprotokoll wiedergegeben wird.

Stv.-V. Hamp sagt zu, dass der Redebeitrag von Stv. Hölzel wörtlich in diesem Protokoll abgedruckt wird (siehe oben).

Stv. Schneider erklärt, dass man darauf vertrauen solle, dass die Verantwortlichen für die HGO schon gewusst haben, warum Anregungen nicht aufzunehmen sind und für wichtige Punkte gibt es außerdem die Möglichkeit der Antragstellung. Er meint, entsprechend ihrer Bedeutung seien Anregungen am Schluss gut aufgehoben.

Stv. Heinz will trotzdem weiterhin nicht auf Anregungen verzichten.

Stv. Gassmann will die Aussage des HSGB erhalten und erwartet von Stv.-V. Hamp, dass er die Rechte der Stadtverordneten wahrt.

Stv.-V. Hamp sagt zu, dass die telefonischen Auskünfte des HSGB noch einmal schriftlich erbeten werden.

Beschluss:

Die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege wird dahingehend verändert, dass der regelmäßig an das Ende der Sitzungen gelegte Tagesordnungspunkt „Anregungen“ an den Anfang jeder Sitzung rückt.

Abstimmungsergebnis:

Abgelehnt

Ja: 13, Nein: 15, Enthaltungen: 1

6. neu, alt: 8. Magistratsbericht

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.11
--

Bgm. Heppe trägt wie folgt vor:

1. Rahmenplan Torwiese – Errichtung einer Spiel- und Bewegungslandschaft rund um den Schwanenteich

Da bereits mehrfach in der Stadtverordnetenversammlung nachgefragt worden ist, wollte ich diesen Punkt – und den nächsten – nicht unter Auftragsvergaben abhandeln, sondern kurz ausführen.

Die Maßnahmen zum Rahmenplan Torwiese werden jetzt ausgeführt. Ein Balancierparcours, ein Spielraumnetz, der Boulderfelsen zum Klettern sowie der Pumptrack sind beauftragt. Um den Rahmenplan Torwiese, die Sport- und Bewegungsmöglichkeiten in diesem Areal über die eben genannten Punkte weiter zu verfeinern, berichte ich nun unter Punkt 2.

2. Antragstellung Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen Sport, Jugend und Kultur“

Mit Email des Bundestagsabgeordneten Michael Roth vom 23.07.2018 ist die Kreisstadt Eschwege auf das Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ hingewiesen worden. Aufgrund der Ferienzeit und der relativ kurzen Anmeldefrist für eine Bewerbung um dieses kurzfristig ausgerufenen Programms hat die Kreisstadt Eschwege in Rücksprache zwischen dem Behördenleiter sowie den Fachbereichen Familie, Soziales, Sport und Kul-

tur und Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung entschieden, mittels einer externen Honorarkraft einen Antrag zur Wettbewerbsteilnahme erstellen zu lassen.

Gründe hierfür waren, dass aufgrund der attraktiven Förderquote von 45 % wir versuchen wollten, uns um Mittel zu bewerben, um ohnehin vorgesehene Maßnahmen, für die derzeit nur eine geringe Förderkulisse vorhanden ist, besser planen und umsetzen zu können.

Für den Antrag wurde daher das Vorhaben der Verbesserung der Sport und Freizeiteinrichtungen rund um die Torwiese in den Blick genommen und auf Grundlage des Rahmenplans ein Maßnahmenpaket entwickelt, um Bewegung, Sport und Kommunikation in diesem Bereich besser miteinander zu vernetzen und die z. T. veraltete Infrastruktur zu modernisieren.

Die unter Pkt. 1 genannten punktuellen Einrichtungen sollen durch Wegegestaltung und Bepflanzung miteinander verknüpft werden, Begegnungs- und Kommunikationsflächen herausgebildet und vorhandene Sportinfrastruktur verbessert werden. Ob wir in das Programm aufgenommen werden, lässt sich derzeit nicht abschätzen, aber es ist aus Sicht des Magistrats einen Versuch wert.

3. Investitionspakt Soziale Integration im Quartier – Antrag zur Sanierung und Umgestaltung des Sozialen Stadtteilladens Heuberg

Das Vorhaben des Diakonischen Werks zur Sanierung und Umgestaltung des Sozialen Stadtteilladens Heuberg wurde mehrfach im Magistrat (19.03.18; 09.04.18; 23.04.18) beraten. Nach Beschluss des Magistrats vom 24.04.2018 wurde das Vorhaben fristgerecht am 27.4.2018 zur Förderung beim Land eingereicht.

Es geht um:

1. Grundhafte Sanierungen (Wasser- und Feuchtigkeitsschäden, Belüftung, Flachdachsanierung, Heizungstechnik, Elektrik) um grundsätzlichen Betrieb zu gewährleisten
2. Umgestaltung des EG als Kern der Einrichtung (Neuordnung der Gruppenräume, Küche und Büros, um konzeptionell zeitgemäß arbeiten zu können, verbesserte Zugänge und Verbindungen zur Terrasse und Freifläche, Sanierung WC-Anlage)
3. Zugänge und Belichtung der Räume im UG verbessern (Wege, Türen, Fenster), interne Anbindung an EG optimieren und sichern
4. Neuordnung der Räume im UG inkl. Raumhöhenanpassung

Erfreulicherweise wurde unser Antrag berücksichtigt, sodass wir dank der Unterstützung des Landes Hessen i.H.v. rd. 900.000 € jetzt mit dem Diakonischen Werk die nächsten Schritte angehen können

4. Auftragsvergaben

Im Berichtszeitraum hat der Magistrat nachstehend genannte Aufträge vergeben:

- Beschaffung einer Notstromanlage für das Zentralklärwerk 69.241,28 €
- Lieferung von 350 t Eisen-II-Chlorid-Lösung sowie Lieferung von 250 t Eisen-III-Chloridsulfat Lösung für das Zentralklärwerk 74.434,50 €

• Rahmenplan Torwiese	
- Herstellung von Sicherheitsbereichen sowie Lieferung und Montage von Spielgeräten	115.434,00 €
- Konzipierung und Errichtung eines Pumptracks	77.915,25 €
• Architektenleistung LP 3-8 beim KITA-Neubau „westliches Bahnhofsgelände“	225.537,53 €
• Tiefbauarbeiten in der Netergasse (Material- wechsel in den Gehwegen im Zuge von Arbeiten der Stadtwerke)	<u>48.544,62 €</u>
Gesamtsumme:	611.107,18 €

Stv. Reyer fragt bezüglich der Beschaffung einer Notstromanlage für das ZKW nach, warum dies nicht in der Stv.-Versammlung behandelt wurde. Darauf erwidert Bgm. Heppe, dass dies in der Juni-Sitzung ein TOP war.

7. neu, alt: 9. Anregungen

7.1 Stadtbusanbindung Hallenbad
--

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.1

Stv. Montag bittet um Prüfung, ob das Hallenbad an die Stadtbuslinie angebunden werden kann.

Laut Bgm. Heppe ist die Angelegenheit inzwischen erledigt.

7.2 Johannifest - Festzelt Werdchen
--

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.1

Stv. Gassmann bittet, beim Johannifest die Anzahl der Notausgänge im Festzelt auf dem Werdchen zu prüfen.

7.3 Zebrastreifen in der Gartenstraße
--

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.1

Frau Stv. Strauß regt an, in der Gartenstraße, Höhe Praxis Dr Neumann, einen Zebrastreifen bzw eine Überquerungshilfe einzurichten.

7.4 Kulturelle Veranstaltungen auf dem Schulberg

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.2

Stv. Fiege regt an, den Schulberg mehr für kulturelle Veranstaltungen, z. B. einmal pro Monat, zu nutzen.

7.5 Parkraumkonzept

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.1

Stv. Reyer fragt nach dem Parkraumkonzept in der Innenstadt. Dort sollte eine Prüfung des Anwohnerparkens erfolgen.

7.6 Leuchtberg

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.3

Stv. Schneider regt an, die Sichtachse Bismarckturm und Schäferhalle freizuschneiden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, erinnert Stv.-V. Hamp an das interfraktionelle Treffen bezüglich der Planung der Sitzungstermine 2019 am 16.10.2018 und schließt die Sitzung um 21:45 Uhr.

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
AM 20.09.2018**

gez. Claus Hamp

Claus Hamp
(Stadtverordnetenvorsteher)

gez. Volker Jatho

Volker Jatho
(Schriftführer)